



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/47 - 25.2.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vor zehn Jahren: Vertreibung von 12 Millionen	S. 1
Parkower Drohungen	S. 4
Die Sonderrede eines Sonderministers...	S. 6
Anhang: Evangelische Kirche und Wiedergutmachung	

Gedenkjahr der Vertreibung

Von Ernst Paul, MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Vor zehn Jahren zogen die ersten Trecks mit Flüchtlingen aus den deutschen Ostprovinzen über die Landstraßen. Vereinzelt hatte dieser Prozess - für die Deutschen in Polen und im Memelland - bereits im Herbst des Jahres 1944 begonnen, er begann aber erst vom Januar 1945 an ein Massenschicksal zu werden. Die Betroffenen glaubten zunächst an eine vorübergehende Evakuierung bis zum Kriegsende - sie ahnten nicht, dass es galt, auf lange, lange Zeit von der Heimat Abschied zu nehmen. Die Gau- und Kreisleiter Hitlers tragen schwere Schuld daran, dass manche Räumung zu spät oder nur mangelhaft vorbereitet erfolgte, dass Tausende ohne Not den Russen in die Hände fielen oder unterwegs zugrunde gehen mußten.

Den Flüchtlingen folgen die Vertriebenen. Polen jagte die Vertriebenen von Haus und Hof, die Tschechoslowakei die Gesamtheit der Sudetendeutschen bis auf einen kümmerlichen Rest, Jugoslawien und Ungarn vertrieben die Deutschen aus Südosteuropa ebenfalls nach dem Westen. Es ist müßig, heute darüber zu rechten, wer von den Vertreibern brutaler vorging. Vertreibung aus der Heimat ist in jedem Fall eine Barbarei, selbst wenn sie unter den zu Potsdam versprochenen "humanen Formen" erfolgt wäre. Auch als Hitler, um Mussolini zu gefallen, die deutschen Südtiroler umsiedelte, handelte er barbarisch und man braucht nur heute mit den Rücksiedlern in den Gebirgstälern zu sprechen, um zu verstehen, dass heimatverbundenen Menschen nicht damit geholfen war, wenn man sie aus ihren heimatlichen Bergen in jene Oberbayerns verpflanzte. Haben wir nicht erlebt, wie die Bauern eines französischen Dorfes, das einer Talsperre Platz machen mußte, sich bis zur letzten Stunde dagegen wehrten, ihre alten Häuser zu räumen und in die neuen zu übersiedeln? In den Gazetten der Welt konnte man über diese kleine Tragödie rührende Bilderberichte lesen - die Tragödie der Vertreibung von vierzehn Millionen Deutschen

vollzog sich im Schatten eines großen Zusammenbruchs. Die Welt, aufatmend über das Ende des Krieges, wußte nichts oder wollte nichts davon wissen, welch grausames Schicksal Millionen Deutschen beschieden war.

*

Nach zehn Jahren gilt es, eine Bilanz zu ziehen. Was ist aus den Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen geworden? Wie hat Deutschland ein Problem bewältigt, von dessen Schwere niemand vorher eine Ahnung besaß?

Nun, nicht alles ist glatt und gut gegangen und es ist zweifellos nicht das Höchstmaß dessen geschehen, was möglich gewesen wäre, um den Millionen, die um ihres Deutschtums willen leiden mußten, zu helfen. Die Vertriebenen leiden noch immer unter Wohnungsnot und ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt 40 vom Hundert. Aber diese Einschränkung soll uns nicht hindern, zu erklären, dass im Westen Deutschlands viel, sehr viel geschehen ist. Heimatverbliebene und Heimatvertriebene haben das Problem besser und in höherem Maße gemeistert, als erwartet werden durfte. Offizielle und offiziöse Sprecher und Schreiber werden uns dies an den Statistiken zu beweisen trachten. Wir wollen uns auf unsere eigenen Wahrnehmungen beschränken und sagen: es hätte schlimmer kommen können!

Erst in späteren Jahrzehnten wird man alle Motive der Austreibung erkennen und werten können. Schon heute aber scheint uns eines klar zu sein: jene, die den teuflischen Plan ausheckten, Millionen Menschen aus ihrer Heimat zu verjagen, beabsichtigten zweifellos, das verarmte, zertrümmerte, hungernde Westdeutschland mit einem unlösbaren Problem zu belasten - es sollte unter dem Druck der hereingepressten Bevölkerungsmassen zusammenbrechen und im Chaos versinken. Dass es anders kam, ist eine Seite des deutschen Wanders, die oft von prahlenden Lobrednern ihres eigenen bescheidenen Verdienstes übersehen wird. Dass es anders kam, danken wir einem - manchmal mit Murren, aber doch - gezeigten Solidaritätsgefühl des deutschen Volkes und einem Selbstbehauptungseillen der Vertriebenen, der alle Erwartungen übertraf. Mag sein, er entfaltete sich unter dem Druck der Not - aber haben nicht zahllose Vertriebene, kaum dass sie irgendwo eine Bleibe gefunden hatten, mit beiden Fäusten angepackt und versucht, sich eine neue Existenz aufzubauen? Waren nicht die besten unter den ihrer Heimat Beraubten geradezu ein Motor in der deutschen Wirtschaft? Sie hatten ja nur die Wahl, zugrunde zu gehen oder sich mit zusammengebissenen Zähnen erneut emporzuarbeiten!

*

Die Ausnahmen bestätigen die Regel und wenn der Gesetzgeber weitblickender und großzügiger gewesen wäre, hätte manches noch besser gehen können. Entscheidend aber bleibt, dass das drohende Chaos verhindert werden konnte. Dafür sollen allen, die es angeht, ein aufrichtiges Wort des Dankes gezollt werden. Diese Spekulation der Vertreiber, die Spekulation auf das innerdeutsche Chaos, schlug fehl. Auch eine andere Spekulation hat sich nicht erfüllt. Man wollte die Masse der Vertriebenen in ihrer menschlichen Substanz vernichten. Gewiß, viele blieben auf der Strecke und gar manche

starben früher als es in den Sternen geschrieben stand - aber im Großen gesehen ist die Substanz erhalten geblieben. Daran ändert auch nichts der Umstand, dass mancher der Jüngeren sich der alten Heimat entfremdete und in die neue hineinwuchs. Dem steht gegenüber, dass Tausende, die nie über das Blickfeld ihres Kirchturns hinaus kamen, heute an den Kulturstätten, Berlins, Hamburgs, Düsseldorfs, Frankfurts, Münchens oder des Schwabenlandes geistige Nahrung finden, an die sie nie zu denken wagten.

Und noch eines - vielleicht das wichtigste - konnte verhindert werden: der Abfall der Vertriebenen in den politischen Nihilismus, in die Desperation! Millionen in ihren Menschenrechten, in ihrem Volkstum tief gekränkte Menschen haben ihre Besinnung bewahrt. Es gab Versucher, Rattenfänger, die sich des natürlichen Heimatgefühls zu bemächtigen versuchten, um ihr übles nationalistisches Stüppchen auf dem Feuer echten Leids zu kochen! Dieser Spuck verflieg, schneller als erwartet werden konnte. Heute stehen, mehr oder weniger gefestigt, neunzig Prozent der Vertriebenen im Lager der mehr oder weniger gefestigten demokratischen Parteien der Bundesrepublik. Unvorstellbar ist die Möglichkeit, dass es auch hätte anders kommen können. Weiß das deutsche Volk, weiß Europa, welche Gefahr für die Demokratie gebannt werden konnte? Wann wird ein Staatsmann - auch außerhalb Deutschlands - diese Haltung anerkennen?

*

Was die Zukunft bringt? Es soll hier kein politisches Horoskop gestellt werden. Die Vertriebenen sind von einem Objekt zu einem Subjekt der Politik geworden. Sie können in die Geschicke Deutschlands eingreifen. Wie alle wissen oder sollten es wissen, dass ohne die Vereinigung mit den Deutschen der Sowjetzone nicht an eine Zurückgewinnung der verlorenen Heimat gedacht werden kann. Wer dem einen dient, dient auch dem nächsten Ziel, das den Vertriebenen unverrückt vorschwebt.

Wer an diese fernere Zukunft denkt, muss wissen, dass endlich einmal der verhängnisvolle Kreislauf von Hass und Rache durchbrochen werden muß. Endlich einmal! Nur jener kann dies tun, dem als letztem Unrecht geschehen ist! Darum war es eine Leistung, von geschichtlicher Bedeutung, dass vor nunmehr fast fünf Jahren in der "Charta der Vertriebenen" der Verzicht auf Hass und Rache an die Spitze gestellt worden ist. Man sollte den Geist dieser Charta mehr noch als bisher in das Bewußtsein der Menschen rufen. Auch in das Bewußtsein der Völker in den Satellitenstaaten. Man muss diesen Völkern das Gefühl der Furcht nehmen, ein Gefühl, das sie immer wieder in die Arme des Bolschewismus treibt.

Die deutschen Vertriebenen wollen ihre Heimat zurückgewinnen, aber sie wollen Frieden und Freiheit. Ihre im Aufbau der Bundesrepublik bewährte Kraft könnte einst auch ihre zerstörte Heimat wieder in eine Kulturlandschaft verwandeln. Dann wäre auch jener Kulturkontakt wieder da, dessen Unterbrechung wir so schwer vermissen. Waren die Vertriebenen nicht immer Mittler zwischen der Kultur der Westslawen und dem deutschen Volke und Europa? Einmal soll dieser Kontakt wieder geschlossen werden und mit ihm der edle Wettstreit im Kampf der Geister beginnen. Ein Kampf, den wir mit Schärfe führen wollen, weil wir an ihm geistig wachsen und uns in ihm menschlich bewähren können.

* * *

Doppelte SED-Taktik in Berlin

Während die Pankower Regierung alles daransetzt, um durch offizielle Erklärungen, durch die Entsendung von Delegationen nach der Bundesrepublik usw. den Anschein zu erwecken, als ob es ein Zusammengehen des SED-Staates mit dem sozialdemokratischen Widerstand gegen die Adenauer-Politik geben könnte, zieht sie auf dem Berliner politischen Feld andere Saiten auf: Noch niemals sind von dem Zentralorgan der SED und aus dem Munde führender SED-Funktionäre so scharfe Attacken gegen die Berliner SPD geritten worden wie in den letzten Tagen.

Das Verhalten der SED gegenüber Westberlin ist vor allem durch die Absicht bestimmt, durch ständige Drohungen und Einschüchterungsversuche die Einwohner weichzumachen, d.h., sie für gemeinsame Demonstrationen mit der SED gegen die Pariser Verträge zu gewinnen, zu jener seit langen gewünschten "Aktionseinheit", die die Pankower Kommunisten auf Grund der eindeutigen Abfuhr durch den SPD-Vorstand in Westberlin nicht erzielen konnten. Dabei reicht die Skala der Pankower Drohungen gegenüber den Westberlinern von der einfachen Behauptung, dass gerade Westberlin am stärksten von den Auswirkungen der Pariser Verträge betroffen würde, bis zu der Vorepiegelung einer angeblich Adenauer-hörigen Politik der Westberliner SPD. Alle Erklärungen des Regierenden Bürgermeisters werden im Sinne des sedistischen Täuschungsmanövers verfälscht. Die in der Berliner Regierungserklärung enthaltene Feststellung, Westberlin werde auch künftig außenpolitisch und völkerrechtlich durch die Bundesrepublik vertreten, wird als eine Bereitschaft der Westberliner SPD-Regierung hingestellt, mit fliegenden Fahnen die Bonner Kanzlerpolitik mitzumachen, obwohl es auch in Pankow klar sein muß, dass der Sonderstatus Berlins von vornherein jede Einbeziehung der Westberliner Bevölkerung etwa in die Wehrdienstpflicht grundsätzlich verbietet. Und so gibt es viele andere Behauptungen und Verdrehungen, die alle dem gleichen Ziele dienen.

Die Verleumdungskampagne gegen die Westberliner SPD-Führung wird von der SED systematisch betrieben. Umso bedauerlicher ist es, dass

ausgerechnet eine im Lager der bürgerlichen Parteien stehende Westberliner Zeitung in diesen Tagen die Falschmeldung in die Welt setzte, maßgebliche Kreise der Westberliner SPD bereiteten eine Gegenklärung gegen das Frankfurter Manifest vor. In Westberlin kann auch der Dünmste nicht so blind sein, um nicht zu sehen, dass er mit solchen Falschmeldungen Wasser auf die Mühle der Kommunisten schöpft.

Die SED-Ketze gegen die Westberliner SPD hat aber auch noch einen anderen Hintergrund. Es ist bekannt, dass das ZK der SED vor einiger Zeit die Sowjets dahin zu beeinflussen versuchte, die Existenz der Viermächtestadt Berlin für den Fall einer Ratifizierung der* als nicht mehr tragbar anzusehen. Anfang Januar wurde z.B. von Pankow in internen Besprechungen die Frage diskutiert, ob jetzt nicht die neue Situation die Schaffung eines "internationalen Status" von Berlin notwendig mache, wobei von der SED mit dem Gedanken gespielt wurde, im Zeichen der Koexistenz eine "demokratische Regierung", d.h. also in der Terminologie des Ostens eine wenigstens teilweise Sicherung des in Ostberlin etablierten Diktaturregimes durchzusetzen.
*Pariser Verträge

Ob freilich die Sowjets auf diese Wünsche ihres Satelliten eingehen, ist sehr fraglich, wenn jene Meldung zutreffen sollte, die über neue interne Besprechungen der Sowjets mit Vertretern des ZK, der Pankower Regierung und des ostberliner Magistrats bekanntgeworden sind. In diesen Besprechungen soll Sowjetbotschafter Puschkin mit der Bekanntgabe der restlosen Auflösung der letzten Rückstände der sowjetischer Hochkommission in der Zone die Mitteilung verbunden haben, dass unter Berücksichtigung des besonderen Charakters der Stadt Berlin der jeweilige sowjetische Stadtkommandant von Ostberlin die Funktion eines hohen Kommissars übernehmen würde, um jederzeit mit den entsprechenden Vertretern der westlichen Besatzungsmächte in Berlin auf gleicher Ebene verhandeln zu können. Die Verleumdungskampagne, die die SED in den letzten Tagen in stärkstem Masse gegen die Westberliner SPD-Führung in Szene gesetzt hat, dient anscheinend auch dem Zweck, die Sowjets in dieser, ihrer Haltung in der Frage des weiteren Status von Berlin umzustimmen.

Ein Strauß billigster Sorte

r. Anschauungsunterricht ist immer besser als theoretische Belehrung. Rundfunkübertragungen wichtiger Bundestagssitzungen sind ein Stück politischen Anschauungsunterrichts. Am ersten Tag der gegenwärtigen Debatte wurde er in mustergültiger Form erteilt: Am praktischen Beispiel wurde dem Hörer demonstriert, wie man es machen muß oder kann und, auf der anderen Seite, wie man es keineswegs machen darf.

Sämtliche Hauptsprecher ihrer Fraktionen, ob nun zur Regierung oder zur Opposition gehörend, waren offenkundig von dem Willen durchdrungen, sich auch mit den Gegenargumenten ernsthaft auseinanderzusetzen. Das geschah in einer Atmosphäre echten geistigen Ringens und konnte nur dazu dienen, den Millionen an den Rundfunkgeräten klarzumachen, wie schwierig und kompliziert die Fragen sind, die entschieden werden müssen. Je nach Temperament und Eigenart gab es verschiedene Formen: elegant, mit einem Schuß sehr glatter Rhetorik bei Kiesinger; betont nüchtern - sachlich bei Wehner; mit einer gewissen Bonhomie bei Lemmer; nach dem besten Ausdruck für den eigenen Gedanken ringend und mit großer Leidenschaftlichkeit bei Brandt, recht trocken - akademisch bei Merkatz. Und so auch bei jedem anderen nach seiner Weise, aber überall getragen von dem Bestreben, der Stunde und dem Ort gerecht zu werden.

Eine Ausnahme bildete nur der Bundesminister für besondere Aufgaben, Franz Joseph Strauß. Er kündigte sogar an, er beabsichtige, sich der Ausdrucksformen mancher öffentlichen Kundgebungen zu bedienen und glaubte, das Recht dazu aus gewissen, angeblichen oder tatsächlichen, oppositionellen Äußerungen auf Protestversammlungen gegen die Pariser Verträge herleiten zu können. Er unterließ es, zu sagen, dass der Auftakt der Auseinandersetzung in der Paulskirche am 29. Januar unbestritten mustergültig fair gegenüber dem politischen Gegner war und dass erst die Angriffe darauf die scharfe, bisweilige gehässige Note in dem Kampf der Meinungen trugen, vor allem Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers. So lag nicht der geringste sachliche Grund dafür vor, im Bundestag so penetrant unsachlich zu werden.

Aber es bestand für Strauß ein propagandistischer Grund. Er wußte, dass er zu einer besonders rundfunkünstigen Tageszeit sprach. Er glaubte, unter radikalem Verzicht auf Argumente, die größte Wirkung durch eine Kapuzinerpredigt mit albernen Faschingsscherzen, billigsten Gemeinplätzen, abstrusen Behauptungen (wie: Wiedervereinigung bedeutet heute Bolschewisierung ganz Deutschlands) und zum Schluß einen falschtönenden Pathos erzielen zu können. Vielleicht hat er ihn hier und da sogar erreicht. Die meisten Hörer aber werden diese Oktoberwiesenede wohl als eine kränkende Mißachtung und Unterbewertung ihrer eigenen Denkfähigkeit und ihres geistigen Niveaus eingeschätzt haben. Die Zeit von Massenwirkungen durch reine Demagogie, bei der das Sprüchekochen das Denken ersetzt, ist doch wohl vorbei. Dafür hat der Nationalsozialismus gesorgt.

SPD-Pressedienst
P/X/47

A n h a n g
-.-.-.-.-

Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut eines Briefes, den der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, D. Dr. Dibelius, am 5. Februar 1955, an den Bundeskanzler gerichtet hat.

"Betr.: Wiedergutmachung"

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Seit einiger Zeit werden immer häufiger und drängender Klagen über den außerordentlich langsamen Fortgang der individuellen Wiedergutmachung für das unter nationalsozialistischer Herrschaft begangene Unrecht an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland herangetragen. Der Rat weiß den von allen verfassungsmässigen Organen der Bundesrepublik in feierlicher Form bekundeten Willen zur Wiedergutmachung und die bereits getroffenen Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Willens dankbar zu würdigen. Der Rat kann es sich daher ersparen, eingehend darzulegen, dass die Wiedergutmachung nicht nur eine politische Notwendigkeit darstellt, sondern eine rechtliche und sittliche Pflicht, ohne deren redliche, schnelle und vollständige Erfüllung unser Volk nicht hoffen kann, den inneren und äußeren Frieden zu finden und zu bewahren.

Umso mehr erfüllt es den Rat mit Sorge, dass die Wiedergutmachung trotz alledem im zehnten Jahr nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft praktisch fast noch am Anfang steht. Sie soll nach offiziellen Verlautbarungen bis zum Ende des Jahres 1962 zum Abschluß gebracht werden. Dieser Zeitraum ist viel zu lang bemessen, und doch gibt der geringe Fortschritt, der bisher erzielt worden ist, Anlass zu der Befürchtung, dass nicht einmal dieser Termin eingehalten werden kann und dass zahlreiche ältere und sieche Berechtigte die Erfüllung ihrer Ansprüche nicht mehr erleben werden. Sogar die Rechtsansprüche für den Verlust der persönlichen Freiheit wurden bisher nur teilweise befriedigt, und mit der Wiedergutmachung von Schäden, die durch Versagen der Ausbildung zugefügt wurden, ist fast noch gar nicht begonnen worden.

Dass die Gesetzgebung auf diesem Gebiet zunächst manche Mängel und Lücken aufwies, mag schon wegen des Zeitdruckes, unter dem sie zustande gebracht werden mußte, erklärlich sein. Umso mehr hätten Rechtsprechung und Verwaltung eine Ehrenpflicht darin sehen müssen, durch großzügige Anwendung dieser Gesetze ihre Mängel auszugleichen und ihre Lücken zu schließen. Dass es dazu nur stellenweise und in ganz unzureichendem Maße gekommen ist, dürfte teils in einem Mangel an Verständnis für diese geschichtliche Aufgabe bei den bearbeitenden Stellen, teils aber auch in einer allzu engen Beschränkung der Ermessens- und Handlungsfreiheit der unteren Instanzen um fiskalischer und bürokratischer Interessen willen begründet sein. Schon

Das traurige und beschämende Schauspiel des endlosen Streites um die Verteilung der Wiedergutmachungslast zwischen Bund und Ländern war nicht dazu angetan, die nachgeordneten Behörden zu Verantwortungsfreude, Initiative und Großzügigkeit bei der Bearbeitung der Anträge zu ermutigen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland richtet daher an die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundestag die dringende Bitte, mit größtmöglicher Beschleunigung alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Mängel und Lücken der Gesetzgebung auf diesem Gebiet zu beheben und die Hindernisse zu beseitigen, die eine schnelle und der Bedeutung der Sache entsprechende Abwicklung der Wiedergutmachung erschweren. Nach dem Material, das dem Rat vorliegt, dürften folgende Maßnahmen besonders dringlich sein:

1. Als baldige Regelung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern, wobei davon auszugehen ist, dass in erster Linie der Bund berufen und verpflichtet ist, für die Aufbringung der erforderlichen Mittel zu sorgen.
2. Verkürzung der Frist für die praktische Durchführung unter Verlegung des Schwergewichts der Ausgaben nicht auf das Ende der Frist, sondern auf die nächsten Jahre. Von besonderer Bedeutung ist die sofortige und vollständige Erfüllung der Ansprüche von Berechtigten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder bedürftig oder krank oder gebrechlich sind. Einer bevorzugten Behandlung bedürfen auch die Ansprüche wegen Schäden an Leib und Leben, wegen Freiheitsentziehung und wegen Ausbildungsschäden.
3. Befreiung der gesetzlichen Vorschriften von enger und kleinlicher Kasuistik. Die Voraussetzungen der Rechtsansprüche müssen einfacher, weiter und verständlicher bestimmt werden. Unbillige Ausschlussfristen, Stichtage und Unterscheidungen, z.B. zwischen Geschädigten, die ihren Wohnsitz im Osten oder Westen hatten, sollten beseitigt werden.
4. Erhöhung der Leistungen und Beseitigung aller Höchstgrenzen für die Entschädigungen.
5. Beseitigung psychologischer Hemmungen, die einer großzügigen Bearbeitung der Entschädigungsanträge in Rechtsprechung und Verwaltung entgegenstehen. Fiskalische und bürokratische Rücksichten müssen hinter der sittlichen und geschichtlichen Bedeutung einer großherzigen Wiedergutmachung zurückstehen. Verwaltung und Rechtsprechung müssen aufgerufen werden, nicht kleinlich an Buchstaben der Vorschriften zu haften, sich nicht von einer Sparsamkeit leiten zu lassen, die hier verfehlt wäre, sondern stets darauf Rücksicht zu nehmen, dass umständliche Untersuchungen und Verhandlungen über Geldbeträge bei den Verletzten alles Leid und alle Bitterkeit wieder aufleben lassen, statt die seelischen Wunden endlich zu heilen.

25.2.1955

6. Einflussnahme auf die praktische Durchführung der Wiedergutmachung. Wenn auch die Bundesregierung keine unmittelbaren Dienstaufsichtsbefugnisse gegenüber den zuständigen Behörden und Gerichten besitzt, so kann sie sich doch nicht damit beruhigen, dass die Bundesrepublik mit dem Erlass von Gesetzen das Ihre getan habe. Die sittliche Wiedergutmachungspflicht obliegt nun einmal in vollem Umfang dem ganzen deutschen Volk. Die Bundesregierung muss daher in die Lage versetzt werden, sich im Bundestag laufend über die Durchführung der Gesetze und Verordnungen zu unterrichten, insbesondere über die Zahl der jeweils vorliegenden und der abschliessend geregelten Anträge, sowie über die Bewährung der Gesetze und Rechtsverordnungen in der Praxis. Ergeben sich dabei Schwierigkeiten oder Stockungen, so muss die Bundesregierung für Abhilfe sorgen, sei es durch die Gesetzgebung in eigener Zuständigkeit des Bundes, sei es durch Einwirkung auf die Länderregierungen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zweifelt nicht daran, dass alle diese Anregungen und Vorschläge von den gesetzgebenden Organen der Bundesrepublik längst erwogen werden. Es liegt dem Rat aber daran, deutlich und konkret zum Ausdruck zu bringen, dass es sich hier um Anliegen handelt, die auch vom Standpunkt der evangelischen Kirche mit Nachdruck vertreten werden müssen.

Der Rat begrüsst es dankbar, dass die Ernennung eines besonderen Wiedergutmachungskommissars in Aussicht genommen ist, und spricht die Hoffnung aus, dass die Wahl auf einen Mann fällt, der die nötigen ethischen und fachlichen Voraussetzungen mitbringt und durch sein bisheriges Verhalten das Vertrauen der Verfolgten erworben hat.

Indem ich mich beehre, Ihnen diese Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mitzutellen, begrüesse ich Sie, verehrter Herr Bundeskanzler,

mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

als Ihr sehr ergebener

gez. Dibelius"